

UDB Info 03/2016-Plus



„Koalition der Gekränkten“ verhindert zielführende Ratsarbeit in Inden. Bündnis 90/Grüne machen sich zum Handlanger der CDU/SPD-Koalition.

Zur Erinnerung: Im Herbst letzten Jahres wurde in Inden ein neuer Bürgermeister gewählt. Sowohl CDU als auch SPD hatten ihre Kandidaten ins Rennen geschickt (R. Marx, CDU und R. Combsch, SPD).

Der parteilose Kandidat Jörn Langefeld wurde in der Stichwahl mit 52,98% von den Indener Bürgerinnen und Bürgern zum neuen Bürgermeister gewählt. R. Marx (CDU) war bereits im ersten Wahlgang ausgeschieden, da er mit 25,1% die wenigsten Stimmen erhielt.

Es wäre nach demokratischen Grundsätzen zu erwarten gewesen, dass die Parteien mit den unterlegenen Kandidaten den Bürgerwillen und damit den mit Mehrheit gewählten neuen Bürgermeister akzeptieren. Weit gefehlt!

Seit Beginn der Amtszeit des neuen Bürgermeisters wird dieser in seiner Handlungsfreiheit mehr und mehr beschnitten (siehe Presseberichte).

Nunmehr ist die CDU-/SPD-Koalition mit Unterstützung der Bündnis 90/Grünen dazu übergegangen, eine zielführende Ratsarbeit zu verhindern. Mit völlig überzogenen Störfeuern wird jede Sitzung zur Farce:

So werden Protokolländerungen von zurückliegenden Sitzungen, die inhaltlich keineswegs strittig sind und im vernünftigen Gespräch mit dem Bürgermeister ohne weiteres durchgeführt werden könnten (übliche Vorgehensweise) nunmehr von der großen Koalition mit großem Palaver inszeniert. Es werden Sitzungsunterbrechungen beantragt, um zu klären, ob eine Aussprache hierzu im öffentlichen oder nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu erfolgen hat.

Mit völlig überzogenen Anträgen, einer nie dagewesenen Flut von Nachfragen (immer wieder auch zur Privatsphäre des Bürgermeisters) wird versucht, den Bürgermeister zu diskreditieren und die Verwaltung lahmzulegen.

Dies alles wird auf dem Rücken der Verwaltungsmitarbeiter ausgetragen und geht letztendlich zu Lasten der Indener Bürgerinnen und Bürger, die einen Anspruch auf sachorientierte, seriöse Ratsarbeit haben!

Der jüngst auf der letzten Ratssitzung am 16.03.2016 von H. Rehfsch (B'90/Grüne) eingebrachte Antrag zur Tagesordnung (Beratung des laufenden Haushaltes - Nachtragshaushalt für das Jahr 2016) ist hierfür ein Beispiel:

Auf der wenige Tage vorher stattgefundenen Sitzung des Hauptausschusses am 10.03.2016 wurde bereits einvernehmlich von allen Fraktionen festgelegt, dass eine Beratung des Haushaltes erst dann Sinn macht, wenn die im Dezember 2015 erstellten Haushaltsunterlagen vom Kämmerer auf den aktuellen Stand (Februar/März) gebracht wurden. Die dann aktuellen Unterlagen sollten im April im Rat bzw. in einer eventuell vorher noch anzuberaumenden Hauptausschusssitzung beraten werden. So die einmütige Vereinbarung vom 10.03.2016.

Sechs Tage später stellt H. Rehfsch nun diesen Schwantrug und lässt sich damit von der großen Koalition zur Handlangerin machen.

Hierzu §48 der Gemeindeordnung NRW: „Der Bürgermeister setzt die Tagesordnung fest. Er hat dabei Vorschläge aufzunehmen, die ihm innerhalb einer Frist von 15 Tagen (Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Gemeinde Inden) vorgelegt werden.“

Der Antrag auf Änderung der Tagesordnung wurde erst in der Sitzung vorgebracht. Somit war diese Frist nicht erfüllt.

Eilanträge sind nur bei Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden oder bei vorliegender äußerster Dringlichkeit zulässig.

Der Haushalt sollte, wie am 10.03.2016 festgelegt, im April beraten werden. Unter diesen Umständen lag eine Dringlichkeit nicht vor.

Der Bürgermeister hat somit vollkommen rechtmäßig gehandelt, indem er diesen Antrag aus den genannten Gründen nicht auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Nach der Devise „wir bestimmen was hier passiert, sonst geht hier gar nichts“ verließ die „Koalition der Gekränkten“ wortlos die Ratsitzung. Danach war der Rat nicht mehr beschlussfähig.

Wichtige Vorhaben, auch die auf der Bau-/Vergabeausschusssitzung beschlossene Einrichtung der Arbeitsgruppe „Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber“ konnten nicht verabschiedet werden. Gerade dieser Punkt, der seit Monaten von CDU, SPD und Grünen verzögert wird, duldet keinen Aufschub.

Dies sind nur einige Beispiele aus jüngster Zeit, die geeignet sind, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie zu erschüttern.

Offensichtlich hat die große Koalition und auch B'90/Grüne größte Schwierigkeiten die Vorschriften der Gemeindeordnung NRW zu akzeptieren.

Was bezweckt diese unheilige Allianz mit ihrer Vorgehensweise?

Nicht das Verhalten des Bürgermeisters Jörn Langefeld ist zu kritisieren, sondern das fehlende Demokratieverständnis und das Unvermögen der CDU/SPD und Grünen zu einer sachorientierten Zusammenarbeit.

Machtgier und persönliche Eitelkeiten scheinen hier im Vordergrund zu stehen. Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde scheinen nur noch zweitrangig.

Es stellt sich die Frage, ob tatsächlich alle Mitglieder der jeweiligen Fraktionen die Politik ihrer Wortführer teilen. Sollte dies nicht der Fall sein, so empfehlen wir dringend, über den Austausch der „Führungskräfte“ nachzudenken.

Gemeinsam!
Für Alle. Für Inden.

unabhängig denken
demokratisch handeln
bürgernah entscheiden

